

Andreas Neider

Die RKI-Protokolle und ihre Deutung

Zur gegenwärtigen Aufarbeitung der Corona-Politik – Teil II

Im ersten Teil dieses Artikels habe ich mich mit einem im Januar 2024 von dem deutschen Soziologen Klaus Kraemer an der Universität in Graz veranstalteten Podiumsgespräch beschäftigt, an dem auch der in Kassel lehrende Soziologe Heinz Bude teilnahm. Bude hat bei diesem Versuch einer Aufarbeitung der Corona-Politik ein Narrativ vertreten, das – wie ich schrieb – »eine nationale Gemeinschaft umfassende staatliche Ordnung als den Souverän« ansieht, »der im Falle einer Pandemie qua Exekutive das individuelle Handeln einschränken und zugunsten der allgemeinen Gesundheit vor allem durch Überwachungsmaßnahmen, aber auch durch Ausgangssperren bis hin zu sogenannten ›Lockdowns‹ regulieren kann.«¹

Das zweite Narrativ, »das bis heute nur von einer Minderheit der Bevölkerung getragen wurde, sieht hingegen die freie Entfaltung der Persönlichkeit auch dann an erster Stelle, wenn die allgemeine Gesundheit einer Menschengemeinschaft durch eine Virusepidemie bedroht wird. Dieses Narrativ sieht den Souverän mithin in jedem einzelnen Individuum, in dessen individuelle Verantwortlichkeit auch das Verhalten in einer Pandemie gestellt ist.«²

Im Folgenden soll es nun um einen weiteren Versuch zur Aufarbeitung der Corona-Politik gehen, nämlich um die Rezeption der im März 2024 veröffentlichten »RKI-Protokolle«. Diese wurde und wird im Wesentlichen von Vertretern des zweiten Narrativs geleistet, die von

denen des ersten häufig als »Querdenker« bezeichnet wurden und werden. Bei der Aufarbeitung dieser Protokolle geht es mir um die Frage, ob sie tatsächlich darauf schließen lassen, wie einige glauben, dass im ›Robert Koch Institut‹ (RKI) nicht nur das erste, sondern auch das zweite Narrativ vertreten worden sei.

Die auch als »RKI-Files« bezeichneten RKI-Protokolle wurden durch das Online-Magazin ›Multipolar‹ veröffentlicht, nachdem es zwei Jahre lang vor Gericht um deren Freigabe hatte kämpfen müssen³ – und ersten Verlautbarungen zufolge, die vor allem von ›Multipolar‹-Herausgeber Paul Schreyer selbst, aber auch von der Springer-Presse (›Bild‹ und ›Welt‹) stammten,⁴ sollen die darin zum Ausdruck kommenden Auffassungen ranghoher RKI-Mitarbeiter zumindest teilweise dem zweiten Narrativ entsprochen haben. Die Frage sei daher, warum die offizielle Politik dennoch dem ersten Narrativ gefolgt ist.

Wir erinnern uns: Vor vier Jahren, am 22. März 2020, beschlossen die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Bundesländer den ersten Lockdown. In den folgenden Monaten regierte eine bis dahin beispiellose Verbotspolitik: Schulen und Restaurants mussten schließen, Menschen durften sich nicht mehr von ihren sterbenden Angehörigen verabschieden, und die sich 2021 anschließende Impfkampagne führte mit dem Slogan »Impfen schützt die Mitmenschen« und dem ver-

die Drei 4/2024

meintlichen Argument des solidarisch-sozialen Fremdschutzes zu massiver Verunglimpfung und Diffamierung Ungeimpfter.

Die an entscheidenden Stellen zunächst noch geschwärzten Protokolle des RKI-Krisenstabs sollten nun also erstaunlicherweise enthüllen, dass in dessen Sitzungen ganz andere wissenschaftliche Auffassungen besprochen worden sind als diejenigen, die dann der offiziellen Politik zugrunde gelegt wurden.

Wir wollen im Folgenden anhand der mittlerweile weitgehend entschwärzten Protokolle untersuchen, ob es tatsächlich eklatante Differenzen zwischen den internen, wissenschaftlichen Auffassungen des RKI und den Maßnahmen der Regierung gegeben hat, oder ob es sich hierbei möglicherweise um eine Überinterpretation handelt. Denn wir reden hier nicht über ausführliche Verlaufsprotokolle, sondern lediglich um Ergebnisprotokolle, aus denen weder der Gesprächsverlauf noch etwa einzelne Beiträge, geschweige die Verlautbarungen bestimmter Mitarbeiter ersichtlich sind.

Bei den nachfolgenden Betrachtungen zu den RKI-Protokollen gilt es vor allem zu berücksichtigen, dass das RKI während der ganzen Pandemie in keiner Weise versucht hat, wirklich repräsentative Erhebungen zum Infektionsgeschehen zu generieren und sich stattdessen lediglich auf die kumulative Zahl bestätigter COVID-19-Fälle fokussierte, wie Klaus Kraemer in einer Replik auf den Aufsatz von Heinz Bude: ›Aus dem Maschinenraum der Beratung in Zeiten der Pandemie‹ bemerkt hat.⁵

Außerdem zielten die öffentlichen Äußerungen Wielers mehrheitlich keineswegs auf das zweite Narrativ, sondern eindeutig auf das erste. So sagte er etwa am 3. Dezember 2021 in Gabor Steingarts ›Morning-Briefing‹: »Die wesentlichen Treiber sind die Ungeimpften!«⁶

Ein erster deutlicher Dissens mit der offiziellen Corona-Politik soll nun laut ›Multipolar‹ und weiteren Interpreten – wie etwa dem Corona-Kritiker und Finanzwissenschaftler Stefan Homburg – die Änderung der Risikobewertung unmittelbar vor dem ersten Lockdown betreffen. Denn am 17. März 2020 stufte das RKI das Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung von

›mäßig‹ auf ›hoch‹ herauf, nachdem es am 16. März laut Protokoll geheißsen hatte: »Es soll diese Woche hochskaliert werden. Die Risikobewertung wird öffentlich, sobald [Personenname geschwärzt] ein Signal dafür gibt.«

Warum wurde die Risikobewertung erhöht?

Wurde diese für die Pandemiepolitik entscheidende Risikobewertung also nicht auf der Basis eigener Erkenntnisse angepasst? ›Multipolar‹ vermutete, dass diese Einschätzung auf politischen Druck zurückging, denn die Fallzahlen hätten sich in der Zeit vor dem 17. März nicht maßgeblich geändert. Zwischen dem 9. und 15. März wurden sechs Prozent der in Deutschland Untersuchten positiv getestet, eine Woche später war es nur ein Prozent mehr.⁷

Wir zitieren zunächst Paul Schreyer: »Die im März 2020 verkündete Verschärfung der Risikobewertung von ›mäßig‹ auf ›hoch‹ – Grundlage sämtlicher Lockdown-Maßnahmen und Gerichtsurteile dazu – gründete, anders als bislang behauptet, nicht auf einer fachlichen Einschätzung des RKI, sondern auf der politischen Anweisung eines externen Akteurs – dessen Name in den Protokollen geschwärzt ist.«⁸

Das war zwar nur eine Vermutung, wurde aber von Schreyer als Tatsache hingestellt. Es zeigte sich jedoch nach der Entschwärzung, dass an der besagten Stelle zu lesen war: »Die Risikobewertung wird veröffentlicht, sobald Herr Schaade ein Signal dafür gibt.« Dahinter verbarg sich also nicht der Name eines politischen Akteurs, sondern lediglich der des damaligen RKI-Vizepräsidenten Lars Schaade.

Wie reagierte nun Schreyer auf diese für ihn wohl eher enttäuschende Tatsache? Er ging in seinem Artikel vom 6. Juni 2024 darauf gar nicht erst ein und wick auf einen neuen Schauplatz aus: »Wurde Deutschland von einem Vizebehördenleiter in den Lockdown geschickt? Klar scheint: Der Druck war international orchestriert – und kam aus den USA.«⁹

Dazu muss man nun aber deutlich sagen, dass es nicht Herr Schaade war, der Deutschland in den Lockdown geschickt hat, sondern die Bundesregierung zusammen mit den Minis-

terpräsidenten, und zwar am 22. März 2020, am dem Tag also, an dem – wie wir im ersten Teil dieser Serie gesehen haben – der Bundesregierung das Strategie-Papier von Heinz Bude und Kollegen vorgelegt worden war und die darin ausgearbeitete »Angst-Strategie« nunmehr zur offiziellen, jedoch zunächst geheim gehaltenen Vorgehensweise gemacht wurde.

Es erscheint uns mithin müßig, nun innerhalb der RKI-Protokolle nach einem weiteren »Befehlsgeber« zu suchen, wenn doch aus unserer bisherigen Analyse eindeutig hervorgeht, dass die Politik sich ganz offensichtlich an der von der »Corona-Task-Force« ausgearbeiteten »Angst-Strategie« orientiert hat und ihre freiheitseinschränkende Maßnahmen sich auch folgerichtig aus diesem strategischen Zusammenhang ableiten lassen. Und so erscheint es auch als fragwürdig, dass Schreyer und anderen die RKI-Protokolle weiterhin nach Aussagen durchforsten, die darauf hindeuten sollen, dass innerhalb des RKI ganz andere, dem »Querdenker«-Narrativ entsprechende Ansichten geäußert worden seien.

Man verstehe mich an dieser Stelle bitte nicht falsch! Es geht mir nicht darum, Schreyer und andere kritische Zeitgenossen, die man dem »Querdenker«-Milieu und damit also dem zweiten Narrativ zuordnen kann, zu demontieren. Ich habe viele der Veröffentlichungen von »Multipolar« während und nach der Pandemie als wertvolle Informationsquelle geschätzt. Es geht mir jedoch mit dem Folgenden darum, zu zeigen, dass man das zweite Narrativ auch vertreten kann, ohne in permanentem Investigativmodus ständig nach neuen Verdächtigen im Hintergrund der Corona-Pandemie suchen zu müssen und sich dabei in deutliche Widersprüche zu verwickeln.

Denn Schreyer versteigt sich nun, nachdem klar geworden ist, dass hinter der Schwärzung der Name des stellvertretenden RKI-Direktors stand, zu einer weiteren Spekulation: »Was heißt all das nun für die fragliche Hochstufung der Risikobewertung in Deutschland? Es erscheint denkbar und plausibel, dass US-Geheimdienste über das Laborvirus von Anfang an im Bilde waren (wenn sie dessen

Herstellung nicht gar beauftragten, um es als Biowaffe gegen China einzusetzen) und sie zumindest ihr Wissen über einen Laborursprung an Regierungsvertreter auch in Deutschland durchsickern ließen – was diese veranlasste, panikartig Lockdown-Maßnahmen zu verhängen, eben aus Angst vor den unkalkulierbaren und tödlichen Auswirkungen einer Biowaffe auf die Bevölkerung. Die Empfänger solchen Geheimwissens – Spitzenpolitiker, Behördenleiter – werden sich selbst nicht als Teil einer böswilligen Verschwörung sehen, sondern als fürsorgliche, vorausschauend handelnde Menschen, die im besten Sinne Verantwortung für die Allgemeinheit übernehmen.«¹⁰

Echte und scheinbare Widersprüche

Da mittlerweile aber auch von der offiziellen Wissenschaft die Hypothese geteilt wird, dass der Ursprung des Corona-Virus nicht auf einem Tiermarkt, sondern eben in einem Labor in Wuhan zu suchen ist,¹¹ hätte die Leitung des RKI doch wohl richtig gehandelt. Und hätte sie – woher auch immer – von Anfang an gewusst, dass das Virus einer mehr oder weniger militärisch veranlassten Laborentwicklung entsprungen wäre, wie könnte sie dann gleichzeitig Auffassungen vertreten haben, die den politisch veranlassten Lockdown-Maßnahmen entgegengestanden hätten? Wäre eine in Kenntnis des Laborursprungs befindliche RKI-Leitung nicht vielmehr verpflichtet gewesen, dieses geheime Wissen dem Gesundheitsminister und damit der Bundesregierung zugänglich zu machen? Und hätte diese Regierung dann noch einer Task-Force bedurft, um die von Heinz Bude entworfene Angststrategie ausarbeiten zu lassen, die ihrerseits lediglich einem »wissenschaftsähnlichen Modell« gefolgt ist?

Hätte eine in Kenntnis der Laborhypothese befindliche Regierung wiederum nicht auch ohne eine solche Angststrategie genauso gehandelt, wie sie es dann eben hätte tun müssen – nämlich aus berechtigter Angst vor einem künstlich hergestellten, gefährlichen Virus die Bevölkerung vor diesem zu schützen? – Man ersieht daraus, dass derartige Spekulationen

eine endlose Kette von Widersprüchen hervorgerufen, die Schreyers These letztlich in sich zusammenbrechen lassen.

Und eben das will hiermit gesagt sein: dass es müßig ist, derart zu spekulieren. Es ist einfach als Tatsache hinzunehmen, dass kein politischer Akteur von außen dem RKI die Heraufstufung des Risikos befohlen hat, sondern dass diese Heraufstufung aufgrund einer eigenständigen Beurteilung angeordnet wurde, wie das RKI selbst inzwischen auch bekundet hat: »Zur Einordnung des Protokolls vom 16.03.2020 ist zu erinnern, dass die Infektionszahlen in Deutschland sehr stark stiegen (siehe tägliche Situationsberichte und insbesondere die beiden Berichte vom 15. und 16.3.2020, – jeweils Abbildung 3 »Epidemiologische Kurve«), dass die WHO am 11. März die Pandemie ausgerufen hat, dass in Bergamo am Februar/März sehr viele Menschen an Covid-19 starben, dass mehrere Länder kurz vorher ein Einreiseverbot verhängt haben (darunter die USA), dass mehrere Länder das öffentliche Leben heruntergefahren haben (Spanien, Italien).«¹²

Gehen wir aber nun weiter der Vermutung Schreyers und anderer »Querdenker« nach, in den RKI-Protokollen seien Corona-kritische Anschauungen zum Ausdruck gebracht worden. Diese und die hier weiterhin referierten Hypothesen verfolgen wir jedoch ausdrücklich *nicht* unter der widersprüchlichen Annahme, die RKI-Leitung habe von Anfang an über geheimes Wissen verfügt, dass das Virus einem Bio-Labor in Wuhan entsprungen sei, sondern wir setzen voraus, dass die RKI-Leitung die im ersten Jahr der Pandemie von fast allen Wissenschaftlern geteilte Auffassung vertreten hat, dass das Virus zoonotischen Ursprungs sei.¹³

In den Protokollen heißt es zum Beispiel am 30. Oktober 2020 mit Blick auf die FFP2-Masken: »Es gibt keine Evidenz für die Nutzung von FFP2-Masken außerhalb des Arbeitsschutzes, dies könnte auch für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.« Und: »Ihr Nutzen sollte auf Arbeitsschutz von Personen, die mit infektiösen Patienten arbeiten, begrenzt bleiben.«¹⁴ Die Politik jedoch führte nichtsdestotrotz in mehreren Bundesländern eine



Paul Schreyer (*1977)

FFP2-Maskenpflicht in der Öffentlichkeit ein. Hier liegt also tatsächlich ein klarer Dissens zwischen der Auffassung des RKI-Krisenstabes und den von der Politik verordneten Maßnahmen vor, denn diese entsprachen – wie wir spätestens seit Heinz Budes Enthüllungen wissen können – jener Angststrategie, welche die dem BMI unterstellte »Corona-Task-Force« erarbeitet hatte. Die Politik hat damit die Gesundheit der Bevölkerung nicht geschützt, sondern dieser im Gegenteil eher geschadet!

Auch ein weiteres Detail der Protokolle scheint in diese Richtung zu zielen. Am 16. Dezember 2020 heißt es dort im Hinblick auf die Bewertung der Wirksamkeit von Lockdowns weltweit: »Lockdowns haben zum Teil schwerere Konsequenzen als Covid selbst.« Zudem wird nüchtern festgestellt: »Steigende Kindersterblichkeit zu erwarten.« Aber Vorsicht! Diese Feststellungen finden sich unter dem Punkt »Internationales. Verlauf der Pandemie in Afrika«. Das heißt also nicht, dass der RKI-Krisenstab die hier getroffenen Feststellungen bezüglich der Schädlichkeit von Lockdowns automatisch auch auf die bundesdeutsche Situation übertragen hätte. Vielmehr beruht eine solche Annahme ebenfalls auf einer Spekulation.

»Querdenker« im RKI?

Am 5. März 2021 beriet der Krisenstab, ob für Geimpfte und Genesene eine Ausnahme von den Corona-Beschränkungen gemacht werden soll. Dies sei »fachlich nicht begründbar«. Das Impfzertifikat solle keine Grundlage für »Vorrechte sein«. Die WHO sehe darin sogar eine Diskriminierung Nicht-Geimpfter. Was aber tat die Politik? Sechs Monate später kam die 3G-Regel und damit eine Lockerung für Genesene, Getestete – und Geimpfte. Ungeimpfte hingegen wurden von weiten Teilen des öffentlichen Lebens ausgeschlossen.

Allerdings findet sich die zitierte Stelle in dem Protokoll unter der Überschrift »Diskussion«. Das heißt, die hier zunächst vertretene Auffassung, Geimpften keinerlei Privilegien zukommen zu lassen, wurde zwar diskutiert, könnte aber der Politik gegenüber später dann zurückgenommen worden sein. Auch hier zeigt sich, dass man mit Spekulationen, über die vom RKI-Krisenstab vertretenen Auffassungen aufgrund der in den Protokollen befindlichen Aussagen vorsichtig umgehen sollte.

Am 19. März 2021 schließlich diskutierte der Krisenstab über zwei heikle Themen: Zum einen über das sehr hohe Durchschnittsalter der Toten: »Das Argument, dass ältere, gebrechlichere Menschen, die auch ohne COVID-19 zeitnah versterben würden, sollte entschärft werden«, heißt es im internen Vermerk zu dieser Debatte, die dem RKI offenbar unbequem war. Der andere Punkt: »COVID-19 sollte nicht mit Influenza verglichen werden, bei normaler Influenzawelle versterben mehr Leute, jedoch ist COVID-19 aus anderen Gründen bedenklich(er). Hierbei handelt es sich jedoch nur um innerhalb einer laufenden Diskussion geäußerte Auffassungen, die sich an den jeweils vorliegenden Zahlen orientierten. Das deutet in meinen Augen aber nicht auf eine dem ersten Narrativ grundsätzlich widersprechende Haltung des RKI-Krisenstabes hin.

Zusammenfassend gesagt sollte man nicht aus einzelnen, der offiziellen Corona-Politik scheinbar oder tatsächlich widersprechenden Aussagen in den RKI-Protokollen den Rück-

schluss ziehen, die leitenden Mitarbeiter des RKI hätten quasi den Querdenkern nahe stehende Anschauungen gepflegt, die dann von der Politik unterdrückt worden seien.

Letzteres scheint mir vor allem deshalb ausgeschlossen zu sein, weil Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach im Oktober 2023 Lars Schaade, den vormaligen Stellvertreter Lothar Wielers, zu dessen Nachfolger ernannt hat. Lauterbach müssten die Auffassungen des RKI bereits vor Veröffentlichung der Protokolle im März 2024 einigermaßen bekannt gewesen sein. Ein der Corona-Politik entgegen denkender RKI-Vizepräsident wäre aber nie und nimmer zum Institutsleiter befördert worden.

Stattdessen scheint mir folgende Annahme plausibel zu sein: In der ersten Phase der Pandemie herrschte sowohl in Regierungskreisen als auch im RKI eine große Unsicherheit über die Gefährlichkeit des Virus und dessen weitere Ausbreitung. Insofern erscheint es als durchaus verständlich, dass man im RKI zwar mitunter differente Auffassungen diskutiert hat, im Wesentlichen aber der Angststrategie eines Heinz Bude und nicht unbedingt dem jeweiligen Stand der Wissenschaft gefolgt ist, weil man darin das einzige Mittel sah, die Bevölkerung zur Befolgung der zunächst als notwendig erachteten und inzwischen auch in den meisten anderen Ländern ausgerufenen totalitären Maßnahmen zu bewegen. Denn wer dem der Angststrategie zugrunde liegenden ersten Narrativ folgt und ein kollektives »Recht auf Gesundheit« postuliert, der landet eben dort, wo sich Ostdeutschland während der Zeit der DDR befunden hat: bei einem Primat des Kollektivs gegenüber der Freiheit des Einzelnen, anders gesagt: in einem »vormundschaftlichen Staat«¹⁵.

Dass es auch anders ging, hat das Beispiel Schwedens, das von vielen Vertretern des zweiten Narrativs und auch von Heinz Budes Kontrahenten Klaus Kraemer favorisiert wurde, deutlich gezeigt.¹⁶ Wichtig erscheint mir nun aber vor allem die Frage, inwiefern die Ideen eines Heinz Bude auch in Zukunft, wie dieser bereits angekündigt hat, zur Grundlage der Politik gemacht werden. Wird unsere Gesellschaft aus den nunmehr offen auf dem Tisch liegen-

den Zusammenhängen der Pandemie und der dagegen ergriffenen Maßnahmen lernen können, um die Wiederholung der vergangenen Fehler in Zukunft zu vermeiden?¹⁷

»Linkes« und »rechtes« Denken

Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung wäre die Auflösung mancher Begriffsverwirrungen. So lässt sich das erste Narrativ, das dem kollektiven Denken und Handeln den Vorrang gegeben hat und diese Haltung bis heute vertritt, ohne Umschweife als »links« bezeichnen. Denn in dieser Denkform tritt das Kollektiv an die Stelle des Individuums. Diese gesellschaftliche Grundhaltung kennen wir in Deutschland aus der Zeit des »real existierenden Sozialismus«, wie ihn die DDR repräsentiert hat.

Das zweite Narrativ hingegen wird umgekehrt von vielen Vertretern des ersten als »rechts« bezeichnet. Und zwar deshalb, weil ihrer Auffassung nach – und gerade hier zeigt sich der sozialistische Hintergrund am deutlichsten – der Primat des Individuums gegenüber dem Kollektiv dazu führen muss, dass sich, genau wie im Kapitalismus, Einzelne auf Kosten der Gesellschaft Vorteile verschaffen. In einem System, in dem das Individuum für seine Gesundheit selbst verantwortlich ist und nicht die staatlich organisierte Solidargemeinschaft, werde auf sozialdarwinistische Weise Gesundheit zum Privileg der Wohlhabenden.¹⁸

Rückt man solche Kategorisierungen aber im Sinne der Dreigliederungsidee Rudolf Steiners zurecht (nicht zu verwechseln mit »nach rechts«), so zeigt sich, dass die linken Kritiker des zweiten Narrativs das Geistesleben, das Rechtsleben und das Wirtschaftsleben gewaltig durcheinanderwirbeln. Denn die Gesundheit ist zunächst *immer* eine individuelle Angelegenheit, so wie auch das Immunsystem jedes Menschen individuell ist.¹⁹ Das im Rechtsleben geltende Prinzip der Gleichheit hingegen bedeutet, dass in einer Gesellschaft der Staat dafür Sorge zu tragen hat, dass jedes Individuum gleichermaßen Zugang zu einer angemessenen – aber jeweils individuell zu gestaltenden – gesundheitlichen Versorgung erhält.

Für das Wirtschaftsleben ginge es hingegen darum, dass soziale Ungleichheiten und Benachteiligungen durch »brüderlich« wirksame Organisationen, von Rudolf Steiner »Assoziationen« genannt, ausgeglichen werden.²⁰ In diese Richtung wirkt in Deutschland die Sozialfürsorge, die aktuell allerdings nicht unbedingt vom Wirtschaftsleben getragen wird und auch nicht ausschließlich vom Staat, sondern auch in starkem Maße von den beiden christlichen Kirchen.²¹ Immerhin beruhen diese sozialen Leistungen zwar nicht auf einem assoziativen Prinzip, aber trotzdem auf dem Prinzip der Brüderlichkeit und der Nächstenliebe.

Der Staat hat seine Aufgabe im Sinne Steiners weder im Geistesleben noch im Wirtschaftsleben, sondern lediglich im Rechtsleben. Er hat für die Gleichheit im Sinne der sozialen Gerechtigkeit zu sorgen. Die Gesundheitsvorsorge ist jedoch nicht seine Aufgabe, sondern diese ist – auch im Sinne der schon im ersten Teil erwähnten »WHO-Charta von Ottawa« – Sache des Geisteslebens. Dieses hätte also für eine möglichst umfassende gesundheitliche Aufklärung im Sinne der Selbstfürsorge und Selbstwirksamkeit jedes Einzelnen Sorge zu tragen. Die Versorgung der sozial und gesundheitlich Schwachen in einer Gesellschaft wiederum ist Sache des Wirtschaftslebens bzw. der Brüderlichkeit. Denn nur durch Gewinne aus der Wirtschaft können die Aufgaben der Sozialfürsorge letztlich finanziert werden.

Die dieser kurzen Skizze zugrunde liegende Idee einer Dreigliederung des sozialen Organismus ist mitnichten als »rechts« zu bezeichnen, vielmehr kann man mit ihrer Hilfe die heute unter dem Einfluss »linker« Gesinnungen gesellschaftlich immer mehr sich geltend machenden, kollektiven Gedankenformen, die dem Staat die Vorherrschaft sowohl über das Geistesleben wie auch über das Wirtschaftsleben zusprechen, zurechtrücken.

Die hiermit angedeutete anthroposophische Haltung der Corona-Politik gegenüber ist aber nicht per se identisch mit einer vermeintlich »rechten Querdenker«-Haltung zu setzen – und zwar hauptsächlich deshalb nicht, weil sie sich nicht an müßigen Spekulationen über mögliche

Befehlsgeber von RKI-Mitarbeitern beteiligen möchte. Denn das zweite, die individuelle Freiheit stützende Narrativ, lässt sich auch ohne solche Spekulationen vertreten.

Im abschließenden dritten Teil werden wir uns dem philosophisch-ethischen Hintergrund dieser Haltung zuwenden. Dabei werden wir uns auch mit den von einigen Anthroposophen vertretenen Auffassungen, die das erste Narrativ unterstützen, und die den von Rudolf Steiner entwickelten »ethischen Individualismus« grundsätzlich in Frage stellen, auseinandersetzen haben. Und wir werden sehen, wie

diesen einander entgegenstehenden Haltungen historische Grundmuster zugrunde liegen, die bereits in der Spätantike bei Augustin und in der frühen Neuzeit bei Martin Luther eine maßgebliche Rolle gespielt haben.

Andreas Neider, geb. 1958, studierte Philosophie, Ethnologie, Geschichte und Politologie, war Lektor und Verleger im Verlag Freies Geistesleben. Zahlreiche Publikationen zu Anthroposophie, Meditation, Medienpädagogik, Kritik der digitalen Transformation und zur Corona Krise. – Kontakt: aneider@gmx.de

1 Vgl. Andreas Neider: »Kollektive und individuelle Denkformen«, in: DIE DREI 3/2024, S. 8.

2 Ebd.

3 Es handelt sich um Ergebnisprotokolle von Besprechungen des Krisenstabs des dem Bundesgesundheitsministerium unterstellten »Robert Koch-Institut« aus der Zeit von Januar 2020 bis April 2021. Sie umfassen 456 PDF-Dateien mit 2.065 Seiten nunmehr weitgehend entschwärztem Text: www.rki.de/DE/Content/InfAZ/C/COVID-19-Pandemie/COVID-19-Krisenstabsprotokolle_Download.pdf

4 Zu den ersten Reaktionen vgl. <https://multipolar-magazin.de/artikel/rki-protokolle-3>

5 Klaus Kraemer: »Was kann die Soziologie im Schockmoment einer Krise leisten?«, in: »Soziologie« 1/2023. Heinz Budes Aufsatz »Aus dem Maschinenraum der Beratung in Zeiten der Pandemie« war in Heft 3/2022 erschienen.

6 www.thepioneer.de/originals/thepioneer-briefing-business-class-edition/podcasts/ruecktritt-ist-mir-nie-in-den-sinn-gekommen

7 www.rki.de/DE/Content/InfAZ/C/COVID-19-Pandemie/Stellungnahme_Protokolle.html

8 <https://multipolar-magazin.de/artikel/rki-protokolle-1>

9 <https://multipolar-magazin.de/artikel/rki-protokolle-6> – Im Anschluss geht Schreyer in einem längeren Exkurs auf das Protokoll vom 25. Februar 2020 ein, um anschließend noch einmal die Geschichte zu referieren, die er in seinem bereits 2021 publizierten, sehr gut recherchierten Aufsatz »Wie der Lockdown nach Deutschland kam« ausführlich dargestellt hatte: <https://multipolar-magazin.de/artikel/wie-der-lockdown-nach-deutschland-kam>

10 <https://multipolar-magazin.de/artikel/rki-protokolle-6>

11 https://de.wikipedia.org/wiki/Institut_für_Virologie_Wuhan#Theorie_zu_SARS-CoV-2_als_Laborunfall

12 www.rki.de/DE/Content/InfAZ/C/COVID-19-Pandemie/Stellungnahme_Protokolle.html

13 Vgl. Harald Matthes: »Corona und Salutogenese« in: DIE DREI 5/2020, S. 8-11.

14 Zu diesen und den folgenden Zitaten aus den RKI-Protokollen siehe Anm. 3.

15 Vgl. Andreas Neider: op. cit., S. 10.

16 Zur schwedischen Pandemie-Politik vgl. den in Anm. 5 angegebenen Aufsatz.

17 Vgl. den am 11. Juli 2024 in der NZZ erschienenen Gastkommentar der englischen Journalistin Elena Louisa Lange: »Der neue Kollektivismus – wie das Individuum zu einem öffentlichen Ärgernis wurde« – www.nzz.ch/meinung/der-neue-kollektivismus-wie-das-individuum-zu-einem-oeffentlichen-aergernis-wurde-ld.1837012

18 Dass infolge der Pandemiepolitik der Pharmakonzern Pfizer im Jahr 2021 rund 22 Mrd. Dollar und im Jahr 2022 sogar 31 Mrd. Dollar Gewinn gemacht hat, steht zu dem sich auf das Prinzip der »Solidarität« berufenden ersten Narrativ in krassem Widerspruch. Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/74113/umfrage/nettogewinn-des-pharmaunternehmens-pfizer-seit-2006/>

19 Vgl. Michaela Glöckler: »Das Herz als Ort des Gewissens«, Stuttgart 2022, wo dieser Zusammenhang sehr deutlich herausgearbeitet wird.

20 Vgl. Rudolf Steiner »Die Kernpunkte der sozialen Frage« (GA 23), Dornach 1976, 16f.

21 Die Kirchen finanzieren sich nicht nur mithilfe derer vom Staat erhobenen Kirchensteuer, sondern zu einem guten Teil auch aus privaten Spenden, die wiederum im Wirtschaftsleben generiert werden.